

Kaiseraugst - ein regionales Problem. Rückblick und Ausblick

Autor(en): Hans J. Briner
Quelle: Basler Stadtbuch
Jahr: 1988

<https://www.baslerstadtbuch.ch/.permalink/stadtbuch/2b215a37-aba8-4b02-9702-22b3d490ee60>

Nutzungsbedingungen

Die Online-Plattform www.baslerstadtbuch.ch ist ein Angebot der Christoph Merian Stiftung. Die auf dieser Plattform veröffentlichten Dokumente stehen für nichtkommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung gratis zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrücke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des vorherigen schriftlichen Einverständnisses der Christoph Merian Stiftung.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die Online-Plattform [baslerstadtbuch.ch](http://www.baslerstadtbuch.ch) ist ein Service public der Christoph Merian Stiftung.

<http://www.cms-basel.ch>

<https://www.baslerstadtbuch.ch>

Kaiseraugst – ein regionales Problem

Rückblick und Ausblick

Komisch, dass es gerade Kaiseraugst sein musste – warum nicht ein anderer, ähnlich gelagerter Ort, etwa Meilen, Oerlikon, Graben oder Verbois? Komisch auch, dass es gerade Nationalrat Dr. Christoph Blocher mit seiner so telegenen Pfeife war, der gewissermassen symbolhaft das beginnende «Ende Feuer» für Kaiseraugst vor den Medien blasen musste.

Nun eben, so komisch ist es auch wieder nicht – denn Kaiseraugst dürfte wohl als einer der klassischen Fälle für eine politische und faktische Fehleinschätzung der Lage, mit klarem regionalem Akzent, in die eidgenössische Geschichte eingehen. Solche Fehleinschätzungen wird es in der Zukunft vielleicht noch einige geben, da die Entwicklungsabläufe immer komplexer werden und unsere eidgenössische Politik eben noch weitgehend auf den Grundlagen des 19. Jahrhunderts basiert. Unsere Eidgenossenschaft sollte deshalb zur Überprüfung ihrer Strukturen für das 21. Jahrhundert an diesem Fall Kaiseraugst exerzieren und wenn immer möglich die «richtigen» Lehren ziehen. In der Folge möchte ich versuchen, dies anregungsweise zu tun, nachdem ich schon im Jahr 1966 als erster Mandatsträger eines Parlaments im Grossen Rat des Kantons Basel-Stadt mittels Interpellationen versuchte, «Kaiseraugst» politisch in die Diskussion zu bringen.

Plastische, persönlich gefärbte Rückblende

Wer erinnert sich wohl noch, wie das «Projekt Kaiseraugst» entstanden ist? Wer kennt noch die

Gegend des Asphofs, wie sie sich östlich von Kaiseraugst in der damals noch unberührten Ebene des Hochrheins zeigte, wo «lediglich» die grosse Wohnüberbauung R-1000 in Planung begriffen war. Prädestiniert war offensichtlich zu Beginn der sechziger Jahre dieses Gebiet für neue moderne Entwicklungen, deshalb hat man dieses Terrain erworben und bald schon in der Euphorie der Hochkonjunktur als den richtigen Ort für ein thermisches Kraftwerk bestimmt. Zu dieser Zeit hat «man» – allerdings nur zögernd, wegen der schon damals sich abzeichnenden Umweltproblematik – solche thermischen Kraftwerke und Raffinerien an Orten geplant, wo man diese moralisch vertretbar zu realisieren hoffte (wie zum Beispiel im Wallis oder in Cressier). Kaiseraugst und sein thermisches Kraftwerk war dann aber rasch überholt. Wen wundert es, dass die sehr *eng miteinander verflochtenen Kreise* (CH-Energiewirtschaft, Motor Columbus, AG-Regierungsräte etc.), die zuerst das Terrain des Asphofs erworben und dann die Vorschläge für das thermische Kraftwerk unterbreitet hatten, sich nun konzentriert auf die Realisierung eines mit Wasserkühlung versehenen Kernkraftwerks in Kaiseraugst stürzten. Hier an diesem unglücklichsten aller möglichen Standorte begann, lange bevor die grosse politische Auseinandersetzung auf der Strasse, in den Parlamenten, bei den Parteien und schliesslich an der Urne einsetzte, die *eigentliche Fehlsteuerung*. Der unüberlegte Wechsel von einem thermischen zu einem atomaren Kraftwerk am sel-

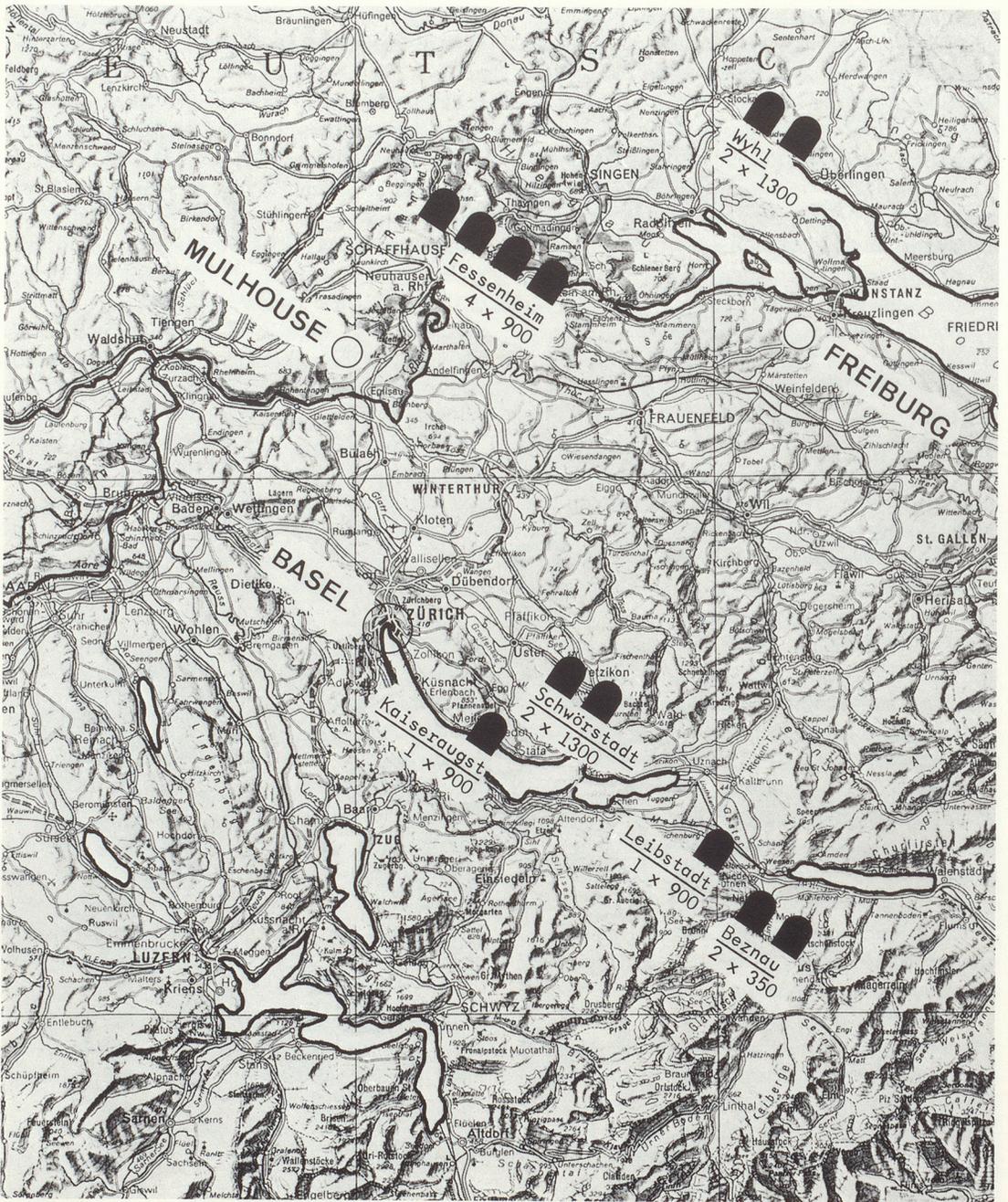
ben Ort wurde so zum Zankapfel mit staatspolitischem Tiefgang, den er nie hätte werden dürfen.

Wir, die Regio Basiliensis, durften bereits im Jahr 1966 zusammen mit dem nachmaligen Wirtschaftsminister des Landes Baden-Württemberg, Dr. Rudolf Eberle, ein zweitägiges Kolloquium über Problematik und Tragweite der Errichtung von Atomkraftwerken in der Regio durchführen. Dabei kam man zum Schluss, dass nur mittels einer alle Partner am Hochrhein – diesseits und jenseits des Rheins – *umfassenden Raumplanungskonferenz* eine sinnvolle Koordination beim Bau von Atomkraftwerken herbeigeführt werden könne. Bereits damals, also vor mehr als 20 Jahren, wurde vor der Zersplitterung und dem Eigennutz gewarnt. Insbesondere mit dem Hinweis auf die Immissionsprobleme ist mit Nachdruck auf die Schwierigkeiten hingewiesen worden, die sich beim Bau solcher Werke in komplexen Agglomerationsräumen wie der Basler Region ergeben.

Die Vertreter lokaler und regionaler Behörden waren in diesem Punkt allerdings geteilter Meinung; doch stand auch damals das Problem der Gefährdung von Mensch und Natur durch solche Atomkraftwerke im Vordergrund. Im Frühjahr 1972 haben wir als erste in der *«Regio-Gazette 2»* umfassend über die Situation im Bereich der Schaffung von Atomkraftwerken in unserer Grenzregion berichtet, mit einer grafischen *Zusammenstellung des damaligen Ist-Zustands* an realisierten, geplanten oder in Planung begriffenen Atomkraftwerken (siehe Grafik 1). Schon damals haben wir in einem Editorial die Meinung vertreten, dass «die Zeit nun kommen wird, wo Entscheide fallen müssen zwischen Wohlstands- und Wohlfahrtsmaximierung und wo unter Umständen die seit Beginn der Industrierevolution durch keine der grossen politischen Ideologien in Frage gestellte Gläubigkeit an quantitatives Wachstum ersetzt werden muss

durch neue Wertvorstellungen, die sich in mehr qualitativem Wachstum auswirken!» Was dies aber bedeutet im Sinne von konkreten Massnahmen und deren Auswirkungen, konnte damals noch nicht beschrieben werden und war der konstruktiven Phantasie jedes einzelnen überlassen.

Die seinerzeit im Umkreis von 50 km um Basel aufzählbaren zwölf Reaktoren mit den Standorten: Wyhl (2), Fessenheim (4), Kaiseraugst (1), Schwörstadt (2), Leibstadt (1), Beznau (2), mit insgesamt 11 000 Megawatt, haben wahrscheinlich mitgeholfen, jenen Schock in der Bevölkerung auszulösen, der dann zu den bekannten politischen Aktionen diesseits und jenseits der Grenzen geführt hat und fast vorprogrammiert *«anti-nationale Energieübungen»* nach sich ziehen musste. So war es begreiflich, dass nach 1970, als die Infragestellung des *«unendlichen»* quantitativen Wachstums durch die *«Nullwachstums-Ethik»* begann, *«Kaiseraugst»* zu einem Symbol nicht nur für die Realisierung oder Nichtrealisierung eines Kernkraftwerks in schwieriger Lage, sondern zu einem Exerzitium für gesellschaftliche Veränderungen schlechthin wurde. Gleichzeitig haben die *«gescheiterten»* Franzosen in aller Stille ihre zwei Reaktoren in Fessenheim gebaut; aber auch auf schweizerischer Seite wurde der Bau von Leibstadt ebenfalls in aller Stille seriös vorangetrieben. Der Standort Schwörstadt blieb weiter ein Projekt auf dem Papier. In Wyhl entzündete sich dann das Feuer. Wir von der Regio Basiliensis haben versucht, in dieser Zeit einfach objektive regionale Informationen zu liefern, ohne uns gross an diesen ideologischen, gesellschaftspolitischen Auseinandersetzungen zu beteiligen. Wir haben immer wieder auf die mehr psychologischen und atmosphärischen Aspekte hingewiesen und Szenarien entwickelt, die es den verantwortlichen Politikern eigentlich erlaubt hätten, bereits damals hellhörig zu werden. Persönlich



durfte ich in dieser Zeit die Unterlagen vorbereiten, die dann zu Beginn der achtziger Jahre an den Hearings mit den eingesetzten Kommissionen der eidgenössischen Räte von der Regio vortragen wurden. Daraus nachfolgend einige Repetitionen.

Keine Nation hätte jemals in einem ihrer Binnengebiete eine solche einmalige Konzentration von Kernkraftwerken geplant, wie dies im deutsch-französisch-schweizerischen Regio-Grenzraum der Fall war (siehe Grafik 2: Vergleich Zürich – Basel). Bei der Konzentration in der Regio handelt es sich um einen *dramatischen Grenzeffekt* und das Resultat wohl bewusst unkoordinierter Planung auf nationalen Ebenen. Die Folge war eine politisch hochexplosive Situation, welche dringend nach den längst fälligen koordinativen Massnahmen über die Landesgrenzen hinaus und nach politischen Lösungen rief.

Mit Blick über die Grenzen stellten sich im Raum der Regio immer wieder die selben drei Fragen, die immer gleich unbefriedigend beantwortet wurden: 1. Welche Anordnung von zusätzlichen Kraftwerken und welche Kühlsysteme verursachen – unabhängig von Landesgrenzen – für die regionale Bevölkerung und das ökologische Gleichgewicht dieses Raumes die geringsten Beeinträchtigungen? 2. Wo liegen die zulässigen Ausbaugrenzen, und wie können die noch nutzbaren Potentiale (Wasser und Luft) gerecht unter den drei nationalen Regionalpartnern aufgeteilt werden? 3. Welches Mass an Umweltbelastung kann der Region im Interesse der nationalen Energieversorgung zugemutet werden?

Da gerade diese Fragen nie eindeutig beantwortet werden konnten und die «Innerschweizer»

Entscheidungsträger aus «Kaiseraugst» ein politisches Exerzitium mit staatspolitischen Komponenten machten, haben wir in Berücksichtigung der *regionalen Gegebenheiten die drei Forderungen* gestellt:

1. Gemeinsame Feststellung von Belastungsgrenzen für Klima und Gewässer als Basis für gemeinsam festgelegte Ausbaugrenzen in Berücksichtigung nationaler Interessen an der Energieproduktion und regionaler Interessen an einer intakten Umwelt.

2. Paritätische Aufteilung der hydrologischen, kühltechnischen und klimatischen Potentiale unter den Partnern (kein «first come, first served»).

3. Harmonisierte Sicherheits- und Haftungs-vorkehrungen.

Angesichts der Vielzahl ungeklärter Fragen und der Tatsache, dass die Nordwestschweizer Bevölkerung auf ein freundnachbarliches Klima in ihrem gemeinsamen Lebensraum zwischen Jura, Vogesen und Schwarzwald angewiesen ist, sollten die grenzüberschreitenden Aspekte beim Verfahren für weitere Kraftwerke am Ober- und Hochrhein gebührend berücksichtigt werden.

Das waren die damaligen und seither immer wieder erhobenen Forderungen aus regionaler Sicht – auch aus logischer Berücksichtigung unterschiedlicher Auffassungen über das Wechselverhältnis von Ökologie und Ökonomie einer Grenzregion.

Auch darf nicht ausser acht gelassen werden, dass das Hochrheintal aus einem engen Kanal von drei bis vier Kilometer Breite besteht. Da der Rhein ein guter Vorfluter ist, das Rheintal verkehrsmässig gut erschlossen und mit Industrie besiedelt, die Strom braucht, wird dieser Raum offensichtlich für alle drei Staaten aus ihrer jeweils eigenen Sicht für die Platzierung von Kernkraftwerken attraktiv. Aber es ist eben immer der gleiche Raum. Fluss und Gelände drohen zum Diener dreier Herren zu werden.

◁ Grafik 2: Fiktiver Vergleich Zürich – Basel bei Atomkraftwerksstandorten.

Gemeinsame regionale Regelungen

Es entspricht einer langen Tradition in unserem Grenzraum, für Vorkehren, die den gesamten Raum betreffen, gemeinsame zwischenstaatliche Regelungen zu treffen. So beispielsweise in der Regio für die Linienführung der Eisenbahnen, wo im Kanton Basel-Stadt die drei Bahnhöfe der deutschen, französischen und schweizerischen Staatsbahnen liegen. Dies gilt auch für die Strassen, für den Luftverkehr, wo bekanntlich der schweizerische nationale Flughafen auf französischem Territorium liegt, sowie für die Ausnützung der Wasserkraft des Rheins, welche zwischenstaatlich geregelt ist: Zwischen dem Bodensee und Basel wird das hydraulische Potential genau paritätisch auf Deutschland und die Schweiz aufgeteilt.

Wir waren immer der Auffassung, dass auch Kühlkapazitäten nicht anders behandelt werden können, wenn das gute Einvernehmen über die regionalen Landesgrenzen auch in Zukunft gewahrt werden soll. Entsprechende Vereinbarungen für den Kernkraftwerksausbau fehlten leider stets, und dies ist nicht zuletzt einer der bedeutenden psychologischen Hintergründe des «Falls Kaiseraugst». Leider haben die «Innerschweiz» und auch unser schweizerischer Bundesrat mit seiner eidgenössischen Verwaltung immer mehr oder weniger negativ auf diese Forderungen reagiert. Die Feststellung des Bundesrats, dass kein Land freiwillig einen Kernkraftwerkstandort aufgabe, drohte in der Tat die Grenzregion Basel zum *Prügelknaben dreier nationaler Energiepolitiken* zu machen, von denen jede die nationalen Belange mit dem Rücken zur Grenze über die regionalen Interessen stellt.

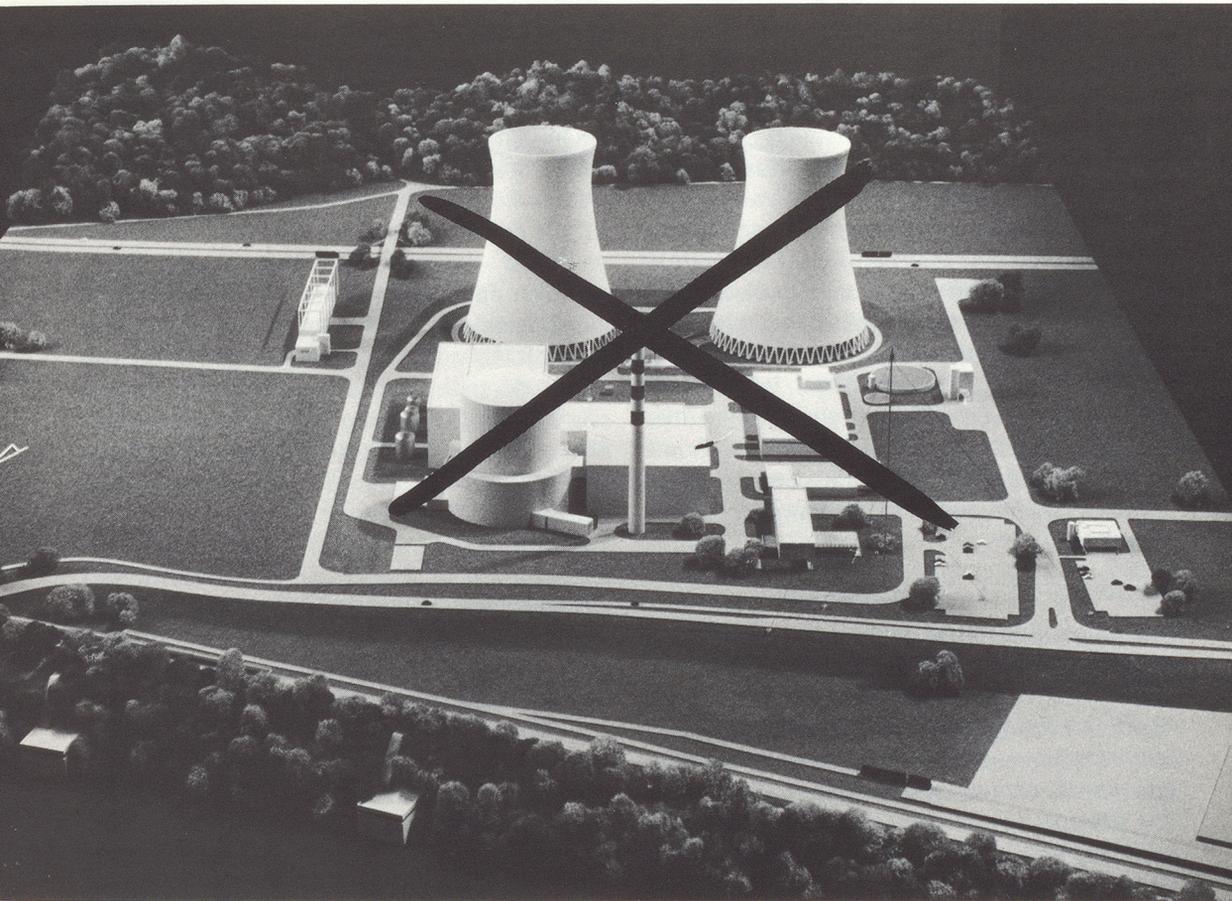
Die Regio Basiliensis hat sich immer schon Rechenschaft darüber gegeben, dass die Frage der Opportunität eines Kernkraftwerks in Kaiseraugst nicht nur rein abstrakter Natur ist, sondern dass im Gegenteil diesbezüglich bereits

Ausgaben und Investitionen getätigt worden sind. Ob hier der Betrag von 1,33 Milliarden Franken, der von der Kaiseraugst AG am 31.12.1987 für Ausgaben ausgewiesen wird, die richtige Verhandlungsgrundlage für die Entschädigungsfrage ist, möchten wir allerdings bezweifeln.

Wie soll es weitergehen?

An sich ist mit jahrelanger Verspätung endlich eben durch diese Vorstösse im Frühjahr 1988 mindestens ein richtiger Entscheid getroffen worden: auf Kaiseraugst zu verzichten. Ob und in welcher Form diese Frage «Verzicht Kaiseraugst» ganz generell mit dem Verzicht auf den Bau neuer Kernkraftwerke in der Schweiz zusammenhängt, ist kein regionales Problem. Doch auch hier ist klar, dass neue Formen der politischen Innovation für die Entscheidungsfindung gesucht werden müssen. Mit den etwas überholten traditionellen Politformen unserer Eidgenossenschaft, die aus dem 19. Jahrhundert stammen, ist hier nicht mehr Staat zu machen.

Gerne führe ich an dieser Stelle das Beispiel aus unserer unmittelbaren deutschen Nachbarschaft an, nämlich die flexible Haltung von Ministerpräsident Lothar Späth als Verantwortlichem für die Energiepolitik des Landes Baden-Württemberg, der – noch einige Zeit vor Christoph Blochers Medienauftritt – verschiedentlich ausdrücklich gesagt hat: «Ich will raus aus der Kernenergie...» Wenn eine solche Politfigur, wie es nun einmal Ministerpräsident Späth ist, dies sagt, dann ist es für unsere schweizerischen Politiker doch kaum möglich festzuhalten an einem «Raus aus Kaiseraugst, rein in XY». Wenn Lothar Späth mit seiner «High-Tech-Super-Know-how-Strategie» auch für seine kleinen und mittleren Betriebe keine grosse Zukunft mehr in der Atomenergie sieht, wie soll dann in



der Schweiz trotz Kaiseraugst weiter flott auf Kernenergie gesetzt werden können?

Viele – so auch Späth – sind der Auffassung, dass man bis zum Jahr 2000 auf dem Sektor der alternativen Energien ein ganzes Stück weiter ist und dass Energiesparen doch noch zu einem grossen Renner und Geschäft werden kann. Wenn keine allzu starken Wettbewerbsverzerrungen zu befürchten sind, dann dürfte auch eine Energiebesteuerung eine gewisse Teillösung bringen. Jede Region, auch die unsere, wird sich die Konsequenzen ganz genau überlegen müs-

sen. Ob zum Beispiel unsere Chemie – von der wir zur Hälfte leben und damit voll abhängig sind – hier in der Region selbst mitmacht, ist offensichtlich noch offen. Es könnte sein, dass gerade solche «Psycho-Situationen» wie um Kaiseraugst, verbunden mit Verbotsgesetzgebung im Bio- und Gentechnologiebereich, zu ernst zu nehmenden Verlagerungsübungen führen. Vielleicht werden ab 1992, wenn die von der EG geplante «Stromverbundssystematik» zu funktionieren beginnt, die nicht von lokalen oder regionalen Sentimentalitäts-/Opportunitätsüberle-

gungen geprägt sein wird, die Regionalaspekte ebenfalls überspielt. Der ganze Komplex der Solarenergie und die Benützung von Wasserstoff sowie die Frage der Supraleitungen sind auch nicht von unserer Region abhängig – vielleicht selbst nicht einmal von den Dispositionen in unserer Eidgenossenschaft. Hier müssen und können wir auch mit gutem Gewissen – nach Regionstradition – auf eine internationale Kooperation hinarbeiten und erneut darauf hinweisen, dass eine Isolierung gegenüber der EG auch in unserem Grenzraum einige bedeutende Nachteile bringen wird. Wenn in den 1990er Jahren nicht eine flexible schweizerische Haltung gegenüber der EG möglich sein wird, dürfte es auch auf dem Gebiet des Ersatzes von Kernenergie, und damit Ersatz für den «Fall Kaiseraugst», Probleme geben.

Die nächste, Nach-Kaiseraugst-Phase

Wie auch immer sich der Fall Kaiseraugst auf eidgenössischer Ebene schliesslich abwickelt und wie und in welcher Form die Schweiz ihren Weg zur Lösung der Atomenergiefrage findet, es lässt sich erahnen, dass die Schweiz hier *keinen* «Sonderfall» anstreben kann. Was sich zum Teil schon seit ein paar Jahren in den USA abzeichnet, wo ganze Projekte stillgelegt werden und man Verluste in jeweils Milliardenhöhe (Dollar) zähneknirschend aus sogenannten logischen Überlegungen hinnimmt, scheint nun auch für die Schweiz zu gelten. Es wäre nur gut, wenn bei der sich anbahnenden Änderung der schweizerischen Energiepolitik die flexibleren Kräfte Oberhand bekämen, um eine logische Lösung auch für den Kleinstaat Schweiz zu finden. Persönlich bin ich der Auffassung, dass wir den richtigen Weg finden werden. Dass aber die stark traditionsgebundene, unflexible «Nationalpolitik» mit einer etwas falsch verstandenen «Landesverteidigungsoptik» hier Bremswirkungen erzeugt, ist auch klar. In unserer Region ha-

ben zuerst die Bevölkerung, dann die Parlamente und nicht zuletzt auch die Regierungen unserer Kantone – manchmal gezwungenermassen – mitgeholfen, dieses Terrain vorzubereiten, wo auch staatspolitisch bessere Szenarien und Modelle entwickelt und eben bestimmt vertreten werden können. Ich bin der Auffassung, dass für die Zukunft hier noch weit mehr getan werden muss – und auch der Region noch einiges einfallen darf. Noch immer ist die Struktur in den eidgenössischen Parlamenten etwas zu verkrampt. Es wäre vielleicht gut, wenn der Bundesrat, der in seiner heutigen guten Zusammensetzung etwas flexibler ist als das Parlament, ähnlich wie bei der 10. AHV-Revision die Initiative ergreifen würde, um sinnvolle Pluralkombinationen zu finden. Kein grosses Gezeter um: Wer soll das bezahlen? Wenn wir annehmen, dass schon beim Energiesparen sicher ein Viertel an «Potenz» gewonnen werden kann, dass ferner über den uns wahrscheinlich bis im Jahr 2000 «aufgezwungenen» europäischen Stromverbund eine neue Situation entstehen wird, dann haben wir doch ein grosses Feld vor uns, wo nicht zuletzt auf unseren wichtigen kantonalen und regionalen Ebenen sinnvolle «Mittel-Plurallösungen» gefunden werden können. Hier steht auch für mich die Hoffnung auf einen recht *kreativen Einsatz unserer jüngeren Generation* im Vordergrund. Sie wird mit Bestimmtheit nicht diese Verkrampfung auf eine einzig mögliche Lösung weiterführen, sondern auch staatspolitisch neue Formen des Zusammenwirkens finden. Wir brauchen eine saubere, sichere Lösung für das 21. Jahrhundert. Hier im Energiesektor, und dies ist nicht zuletzt das Verdienst des regionalen Falls «Kaiseraugst» – genau 700 Jahre nach dem Rütlichswur –, kann im Sinne einer neuen, viel komplexeren, aber vielleicht gerade deswegen umso wertvolleren Eidgenossenschaft der Moderne diese Lösung in Zukunft sinnvoll getestet werden.